

EURO-KRISE

Rösler stellt Merkels Finanztransaktionssteuer infrage

FDP-Chef und Vizekanzler Rösler knüpft die von Merkel und Sarkozy vorgeschlagene Transaktionssteuer an eine nahezu unerfüllbare Bedingung: Die ganze EU soll mitmachen.

19. August 2011 - 07:04 Uhr

© Robert Schlesinger/dpa



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP)

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler hat ein parlamentarisches Ja der FDP zur Finanztransaktionssteuer infrage gestellt. Eine Zustimmung der Liberalen gebe es "wenn überhaupt, nur dann, wenn diese in allen 27 EU-Ländern erhoben wird", sagte Rösler, der auch Bundesvorsitzender der FDP ist, der *Stuttgarter Zeitung*.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy hatten die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen am vergangenen Dienstag vorgeschlagen. Zwar bezogen sich die beiden Staatshäupter mit den meisten Vorschlägen dieses Treffens auf die Euro-Zone – etwa eine Wirtschaftsregierung und die Einführung nationaler Schuldenbremsen. Doch in der Passage zur Transaktionssteuer ist deren Geltungsbereich nicht explizit benannt.

Überlegungen, diese Steuer nur in der Euro-Zone einzuführen, wie sie Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) einbrachte, lehnte Rösler ab. "Die Euro-Zone darf gegenüber den anderen EU-Partnern nicht benachteiligt werden", sagte der FDP-Chef. Er halte die Steuer nur dann für akzeptabel, wenn sie auch in Großbritannien erhoben werde. Ansonsten würden Standorte und Arbeitsplätze der deutschen Finanzindustrie gefährdet.

Der Finanzplatz London ist ein wichtiger Konkurrent von Frankfurt. Eine Zustimmung der britischen Regierung zu einer solchen Steuer gilt deswegen als extrem unwahrscheinlich. Diese aber wäre notwendig, wollte man die Steuer EU-weit einführen.

Rösler: Die deutsche Wirtschaftspolitik mache ich

Rösler trat dem Eindruck entgegen, die von Merkel und Sarkozy verabredete Wirtschaftsregierung im Rahmen der Euro-Zone könnte zu einem Bedeutungsverlust für die deutsche Wirtschaftspolitik führen. Die werde "auch künftig vom deutschen Wirtschaftsminister gemacht", sagte er. Bei der engeren Zusammenarbeit in Europa müssten zudem deutsche Besonderheiten beachtet werden. So dürfe die starke deutsche Exportorientierung nicht infrage gestellt werden.

Für den Herbst kündigte Rösler Vorschläge zu Steuersenkungen und zur Reduzierung der Lohnzusatzkosten an. "Das ist auch ökonomisch vernünftig, weil wir damit die Kaufkraft im Inland stärken und das Wachstum verstetigen", argumentierte er. Von den Unionsparteien verlangte der FDP-Chef Bewegung in der Frage der Zuwanderung von Fachkräften .

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE, Reuters

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-08/roesler-finanztransaktionssteuer>